

Antrag auf Ablehnung des_ der vorsitzenden Richter_in

Richter_in ist wegen des Verdachts der Befangenheit abzulehnen, da sie_er den Beschuldigten psychisch unter Druck setzte, Aussagen zum Sachverhalt zu machen.

Begründung:

In der Hauptverhandlung am tätigte die_der Vorsitzende folgende Aussage:

Begründung:

Mit dieser Aussage setzte Richter_in den_die Angeklagte_n massiv unter psychischen Druck Aussagen zur Sache zu machen.

§ 24 Abs. 2. Nr. 2) 2. StPo

„Die Verhandlungsführung kann Misstrauen in die Unvoreingenommenheit des Richters rechtfertigen, wenn sie Rechtsfehlerhaft, Unangemessen oder sonst unsachlich ist z.B. Wenn er den Angeklagten zur Sache auszusagen (...) oder für den Fall des Schweigens zur Anklage statt Ablehnung eines Geständnisses eine höhere Strafe androht ...“

Dies zeigt in welch einer Bedrängnis sich die_der vorsitzende befindet den Angeklagte_n schnell zu verurteilen, offenbar fürchtet er_sie das in diesem Prozess die Kritik an der Justiz als Staatstragendes Element und ihrer verflächtung mit den Konzernen wie die Deutsche Bahn denen Profit wichtiger ist als die tatsächliche Bedürfnisbefriedigung von Menschen thematisiert wird.

Offenbar fürchtet sie_er das es ihm_ihr nicht gelingt Soziale und Politische Konflikte z.B. gegen das Wahnsinnsprojekt Sutgart 21 auf angebliche Kriminelle Handlungen zu reduzieren, damit er_sie diesen Widerstand mit Hilfe des von oben geschaffenen und definierten und von ihm angewendeten Recht brechen kann.

Offensichtlich fürchtet er_sie das es ihm_ihr nicht gelingen wird, die Gewalttaten der Polizei mit der in Stuttgart schon viele Menschen bekantschaft machen durften, in „Kriminelle Handlungen“ des Angeklagten umzu definieren.

All dies sind Indizien der Befangenheit des_der Richte_in gegenüber einer Person. Unter diesen Umständen ist ein faires und rechtmäßiges Verfahren nicht Möglich.

Dieser Antrag wurde als direkte Reaktion auf eine Bemerkung des_der Richter_in in der Hauptverhandlung am ausformuliert und vorgebracht- daher ist der Antrag fristgerecht gestellt worden.

Glaubhaftmachung:

- Protokoll der Hauptverhandlung von 12.1. 2012
- dienstliche Erklärung des_der Richter_in

Ich beantrage hierzu einen schriftlichen und verlesenen Gerichtsbeschluss